

# Breslauer Zeitung.



# Zeitung.

Wertesjähriger Abonnement 5 Mark, Wochen-Abonnement 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Inserationsgebühr für den Raum einer sechsseitigen Petit-Zeile 20 Pf., Reklame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Ankäufe Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 104. Mittag-Ausgabe.

Neunundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Sonnabend, den 2. März 1878.

## Deutschland.

Berlin, 1. März. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Reichsgerichtsrath Biegler zu Ahrens und dem Ober-Amtsrichter Stöber zu Neulich den Roten Adler-Orden vierter Klasse; sowie dem Förster Steffens zu Wolslach im Kreise Ruppin das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Se. Majestät der König hat den Ober-Staatsanwalt Heder zu Hamm in gleicher Amtseigenschaft nach Stettin versetzt; den Friedensrichter Justiz-Rath Kluth in Lindlar zum Landgerichts-Rath bei dem Landgericht in Aachen; den Großherzoglich badischen Geheimen Hofrat und ordentlichen Professor Dr. Gustav Hartmann zu Freiburg in Baden, unter Verleihung des Charakters als Geheimer Justiz-Rath, zum ordentlichen Professor in der juristischen Fakultät der Universität zu Göttingen, und den Professor an der landwirtschaftlichen Akademie zu Breslau Dr. Carl Baye zum ordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät der Universität zu Königsberg ernannt; sowie dem Provinzial-Kantmeister Zimmerhadel in Magdeburg bei Gelegenheit seines fünfzigjährigen Dienstjubiläums den Charakter als Geheimer Rechnungs-Rath verliehen.

Der Forstmeister Dittmer zu Königsberg i. Pr. ist auf die durch Pensionierung des Forstmeisters von Steuben und Ueberweisung der Inspektion Frankfurt-Güstrow an den Forstmeister von Jonquieres zur Erledigung kommende Forstmeisterstelle Frankfurt-Woldenberg zu Frankfurt a. O. versetzt worden.

Der ordentliche Professor Dr. Ponsic in Göttingen ist in gleicher Eigenschaft in die medicinische Fakultät der Universität zu Breslau versetzt worden. Der Privatdozent bei der Universität zu Berlin Dr. Oscar Simon ist zum außerord. Professor in der medicin. Fakultät der Universität zu Breslau ernannt worden. Bei dem Gymnasium zu Beuthen O.S. ist die Beförderung des ordentlichen Lehrers Dr. theol. Carl Flöckner zum Oberlehrer genehmigt worden. An dem Gymnasium in Münster ist der Titular-Oberlehrer Dr. Jocke zum etatmäßigen Oberlehrer beförderd worden. An dem Schultheuer-Seminar zu Homburg ist der Seminarhilfslehrer Niedel zu Uingen als ordentlicher Lehrer angestellt worden. Der vormalige Professor an der Königlich württembergischen Ober-Realschule zu Lüdingen, Dr. Guido Hauck ist unter Belassung des Titels "Professor" zum ordentlichen Lehrer an der Königlichen Baualademie zu Berlin und der bisherige Baumeister Hugo Koch zu Berlin, unter Belassung in seiner gegenwärtigen Beschäftigung beim Bau eines Polytechnikums hier selbst, zum Königlichen Landbaumeister ernannt worden.

Berlin, 1. März. [Se. Majestät der Kaiser und König] nahm gestern Nachmittag um 4 Uhr den Vortrag des Reichskanzlers, Fürsten von Bismarck, entgegen. — Heute empfing Se. Majestät den Polizei-Präsidenten von Madai, den diesseitigen Militär-Attaché in Brüssel, Major von Sommerfeld, vor dessen Rückkehr auf seinen Posten, und Se. Königliche Hoheit den Prinzen Heinrich vor Höchst-deßen Rückreise nach Kiel.

[Se. Kaiserin-Königin] besuchte gestern das Augusta-Hospital. Heute ließen sich beide Majestäten im Königlichen Palais die Feuerwehrleute vorstellen, welche sich im Laufe des Jahres in ihrem Dienst ausgezeichnet haben.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] erhielt gestern Vormittag um 11 Uhr den Professor Dr. Curtius Audienz, welcher die II. Leserung der über die Ausgrabungen in Olympia herausgegebenen Schrift überreichte. Abends wohnten die höchsten Herrschaften der französischen Theatervorstellung im Königlichen Schauspielhaus bei.

○ Berlin, 1. März. [Camphausen's Entlassungs-Gesuch. — Schluss der Reichstags-Session. — Küster. — Kreisverfassung in Lauenburg. — Entschließung des Ev. Oberkirchenraths. — Zölle und Verbrauchssteuern in den ersten Quartalen des Staatsjahrs 1877. — Eisenbahngesetz.] Die Mittheilung, daß der Finanzminister Camphausen bestätigt sich im vollsten Umfange. Die Vermuthung, es möchte sich Herr Camphausen bestimmten lassen, im Amt zu verbleiben, hat keine thatsächliche Unterlage. Wir hören versichern, daß der Minister fest entschlossen sei, sein Demissionsgesuch aufrecht zu erhalten. — In parlamentarischen Kreisen spricht man von langen Besprechungen, welche der Kaiser mit dem Fürsten Bismarck gestern gehabt hätte; ob eine Entscheidung über einen Nachfolger bald getroffen werden möchte, will man nicht annehmen. Es hängt eben davon ab, wenn sich der Kaiser dazu entschließt, die Entlassung anzunehmen. Uebrigens wird es gut sein, sich mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß die Beziehungen, welche zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Abgeordneten von Bennigsen angeknüpft waren, doch nicht so ganz abgebrochen waren, als es bisher dargestellt worden ist und um nicht wieder aufgenommen werden zu können. Herr von Bennigsen wird heute aus Hannover zurückkehren, um die Verhandlungen der Budget-Commission im Reichstage zu leiten. Es wird sich zu zeigen haben, ob nicht aufs Neue mit ihm verhandelt werden möchte. Im Uebrigen taucht ein früheres Gericht wieder auf, wonach Fürst Bismarck beabsichtigen soll, einen Bureaucraten zum Finanzminister zu berufen und man nennt u. A. in dieser Richtung den Generalsteuer-Director Burkhardt. Es handelt sich indessen hier nur um Gerüchte, welche man nur der Vollständigkeit wegen zu registrieren hat. So viel scheint übrigens festzustehen, daß gleichzeitig mit der Aussgleichung der Affaire Camphausen eine definitive Besetzung des Ministeriums des Innern zu erwarten sein wird; zumal da der Urlaub des Grafen Eulenburg im nächsten Monat abläuft und der Graf darauf besteht, nicht wieder zu den Geschäften zurückzukehren.

△ Berlin, 28. Febr. [Budgetausschuß. — Reichstagssitzung. — Bennigsen und Bismarck.] Der Reichstag hat jetzt das Schwergewicht seiner Verhandlungen in die Budgetcommission verlegt. Hier wird der Staat in hinreichend gründlicher Weise behandelt, so daß das sogenannte Deficit im Verschwinden begriffen ist. Die Anträge Richters, mit dem außer seinen beiden Parteigenossen regelmäßiger der Abg. Berger und die 8 Clericalen stimmen, haben danach bei vollbesetzter Commission von 28 Mitgliedern stets 12 für sich; es brauchen also nur 2 Nationalliberale mit Jenen gegen eine Etatsposition zu stimmen, um sie mit 14 gegen 14 Stimmen zur Verwerfung zu bringen: Unser Post- und Telegraphenchef, Herr Stephan, hat den bisher am wenigsten durchgearbeiteten Haushaltsetat; derselbe wird dieses Jahr zum ersten Male in der Budgetcommission verhandelt, so daß es gesetzt ist, dem durch den Reichstag etwas verwöhnten Herrn nicht, und er hat neulich seinem Alerger recht deutlich Lust gemacht, als man ihm die allen Budgetgrundzügen zufolgend Zusammenfassung und Übertragung von den zu Bauten bestimmten extraordinären Fonds durch fast einstimmig angenommenen Anträge der Budgetcommission abschafft. Man hat dies um so entschiedener, als sich herausstellt, daß gerade er der Vorlegung des so nothwendigen Gesetzes über die Einnahmen und Ausgaben Hindernisse bereitet hat. Bekanntlich hat die Reichsregierung dieses Gesetz viel nöthiger als der Reichstag, da der letztere, wenn er sonst durch seine Budgetcommission eine strenge constitutionelle Ordnung in der Finanzverwaltung herstellen will, dies auf eine, wenn auch mühsam, so doch mittelst des Rechnungshofes völlig wirksame Weise bei dem Staat durch Einschränken von Bedingungen und Modalitäten zu den einzelnen Posten erzwingen kann. Es ist deshalb für jeden Rechtsfach wichtig, wenn er durch eine gesetzliche Fixierung der Grundsätze über die Einnahmen und Ausgaben der Gefahr überhoben wird, unerwarteten Beschränkungen durch den Reichstag im Etat unterworfen zu werden. — Die heutige Reichstagssitzung ward zum größten Theile auf die elbständischen Preßverhältnisse verwandt. Die Verhandlung über die Interpellation Winterer dürfte wieder gezeigt haben, daß die Regierung des Reichslandes nicht klug daran thut, durch Maßnahmen von zweifelhafter Gesetzmäßigkeit die Pressefreiheit zu beschränken und den Ultramontanen im Reichslande und im Reichstage Gelegenheit zu geben, sich bei der Bevölkerung beliebt zu machen. Eine wirklich freisinnige Regierung und Verwaltung würde in der Neu-Germanisierung der Reichslande schon weit bedeutendere Erfolge erzielt haben.

Königsberg i. Pr., 1. März. [Das Hafteis] ist abgegangen, die Schiffsahrt auf dem Haff somit wieder frei.

hausen 196,540, für Schwarzbürg-Rudolstadt 225,668, für Reuß l. E. 38,282, für Reuß j. L. 345,716, für Oldenburg 368,943, für Braunschweig 6,312,403, für Anhalt 6,652,303, für Elsass-Lothringen 5,626,902, für Lübeck 615,134, für Bremen 878,939, für Hamburg 2,516,539 Mark. Es sind demnach abzuliefern für die Reichskasse für das 1. bis 3. Quartal 179,313,139 Mark und an Nachsteuer 706 Mark von Bremen. Hieron sind von den einzelnen Staaten bereits abgeliefert 135,594,891, so daß noch abzuliefern bleiben 43,748,248 und 706 M. Nachsteuer durch Bremen. Hieron sind an Zöllen ausgebracht 69,889,717, an Rübuzuckersteuer 46,924,532, an Salzsteuer 23,840,921, an Tabaksteuer 442,882, an Branntweinsteuer 27,656,701, an Brauosteuer 10,551,393, sowie an Abessen 4,996 und 1,997 M., welche für die außerhalb der Zollgrenze liegenden Bundesgebiete besondere berechnet werden. — Nach der vom Reichs-Eisenbahn-Amt aufgestellten Nachweisung über die im Jahre 1877 auf deutschen Eisenbahnen mit Ausschluß Baierns beförderten Züge und der Verspätungen betrug am Ende des Jahres die Gesamtzahl von 57 größeren Eisenbahnen 25,924,75 Kilom., 858,95 Kilom. wurden im Laufe des genannten Jahres dem Verkehr übergeben. Am fahrplanmäßigen Zügen sind befördert 142,892 Courier- und Schnellzüge, 927,528 Personenzüge, 424,863 gemischte Züge, sowie 804,762 Güterzüge. Außerhalb des regelmäßigen Fahrplanes sind 21,995 Courier-, Personen- und gemischte Züge, sowie 371,135 Güter- und Arbeiterzüge befördert. Im Ganzen sind zurückgelegt 7,058,515,532 Achskilom. Von den fahrplanmäßigen, oben genannten Zügen verspäteten sich im Ganzen 12,258; die Gesamtdauer der Verspätungen betrug 223,656 Minuten oder 155 Tage 7 Stunden 36 Minuten. In Folge dieser Verspätungen wurden verfälscht 1605 Anschlüsse.

= Berlin, 1. März. [Camphausen's Rücktritt. — Besprechungen des Kaisers mit dem Fürsten Bismarck. — Bismarck und Bennigsen. — Neubesetzung von Ministerposten.] Die Angabe vom Entlassungsgesuch des Finanzministers Camphausen bestätigt sich im vollsten Umfange. Die Vermuthung, es möchte sich Herr Camphausen bestimmten lassen, im Amt zu verbleiben, hat keine thatsächliche Unterlage. Wir hören versichern, daß der Minister fest entschlossen sei, sein Demissionsgesuch aufrecht zu erhalten. — In parlamentarischen Kreisen spricht man von langen Besprechungen, welche der Kaiser mit dem Fürsten Bismarck gestern gehabt hätte; ob eine Entscheidung über einen Nachfolger bald getroffen werden möchte, will man nicht annehmen. Es hängt eben davon ab, wenn sich der Kaiser dazu entschließt, die Entlassung anzunehmen. Uebrigens wird es gut sein, sich mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß die Beziehungen, welche zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Abgeordneten von Bennigsen angeknüpft waren, doch nicht so ganz abgebrochen waren, als es bisher dargestellt worden ist und um nicht wieder aufgenommen werden zu können. Herr von Bennigsen wird heute aus Hannover zurückkehren, um die Verhandlungen der Budget-Commission im Reichstage zu leiten. Es wird sich zu zeigen haben, ob nicht aufs Neue mit ihm verhandelt werden möchte. Im Uebrigen taucht ein früheres Gericht wieder auf, wonach Fürst Bismarck beabsichtigen soll, einen Bureaucraten zum Finanzminister zu berufen und man nennt u. A. in dieser Richtung den Generalsteuer-Director Burkhardt. Es handelt sich indessen hier nur um Gerüchte, welche man nur der Vollständigkeit wegen zu registrieren hat. So viel scheint übrigens festzustehen, daß gleichzeitig mit der Aussgleichung der Affaire Camphausen eine definitive Besetzung des Ministeriums des Innern zu erwarten sein wird; zumal da der Urlaub des Grafen Eulenburg im nächsten Monat abläuft und der Graf darauf besteht, nicht wieder zu den Geschäften zurückzukehren.

— Berlin, 28. Febr. [Budgetausschuß. — Reichstagssitzung. — Bismarck und Bennigsen.] Der Reichstag hat jetzt das Schwergewicht seiner Verhandlungen in die Budgetcommission verlegt. Hier wird der Staat in hinreichend gründlicher Weise behandelt, so daß das sogenannte Deficit im Verschwinden begriffen ist. Die Anträge Richters, mit dem außer seinen beiden Parteigenossen regelmäßiger der Abg. Berger und die 8 Clericalen stimmen, haben danach bei vollbesetzter Commission von 28 Mitgliedern stets 12 für sich; es brauchen also nur 2 Nationalliberale mit Jenen gegen eine Etatsposition zu stimmen, um sie mit 14 gegen 14 Stimmen zur Verwerfung zu bringen: Unser Post- und Telegraphenchef, Herr Stephan, hat den bisher am wenigsten durchgearbeiteten Haushaltsetat; derselbe wird dieses Jahr zum ersten Male in der Budgetcommission verhandelt, so daß es gesetzt ist, dem durch den Reichstag etwas verwöhnten Herrn nicht, und er hat neulich seinem Alerger recht deutlich Lust gemacht, als man ihm die allen Budgetgrundzügen zufolgend Zusammenfassung und Übertragung von den zu Bauten bestimmten extraordinären Fonds durch fast einstimmig angenommenen Anträge der Budgetcommission abschafft. Man hat dies um so entschiedener, als sich herausstellt, daß gerade er der Vorlegung des so nothwendigen Gesetzes über die Einnahmen und Ausgaben Hindernisse bereitet hat. Bekanntlich hat die Reichsregierung dieses Gesetzes viel nöthiger als der Reichstag, da der letztere, wenn er sonst durch seine Budgetcommission eine strenge constitutionelle Ordnung in der Finanzverwaltung herstellen will, dies auf eine, wenn auch mühsam, so doch mittelst des Rechnungshofes völlig wirksame Weise bei dem Staat durch Einschränken von Bedingungen und Modalitäten zu den einzelnen Posten erzwingen kann. Es ist deshalb für jeden Rechtsfach wichtig, wenn er durch eine gesetzliche Fixierung der Grundsätze über die Einnahmen und Ausgaben der Gefahr überhoben wird, unerwarteten Beschränkungen durch den Reichstag im Etat unterworfen zu werden. — Die heutige Reichstagssitzung ward zum größten Theile auf die elbständischen Preßverhältnisse verwandt. Die Verhandlung über die Interpellation Winterer dürfte wieder gezeigt haben, daß die Regierung des Reichslandes nicht klug daran thut, durch Maßnahmen von zweifelhafter Gesetzmäßigkeit die Pressefreiheit zu beschränken und den Ultramontanen im Reichslande und im Reichstage Gelegenheit zu geben, sich bei der Bevölkerung beliebt zu machen. Eine wirklich freisinnige Regierung und Verwaltung würde in der Neu-Germanisierung der Reichslande schon weit bedeutendere Erfolge erzielt haben.

△ Berlin, 28. Febr. [Budgetausschuß. — Reichstagssitzung. — Bismarck und Bennigsen.] Der Reichstag hat jetzt das Schwergewicht seiner Verhandlungen in die Budgetcommission verlegt. Hier wird der Staat in hinreichend gründlicher Weise behandelt, so daß das sogenannte Deficit im Verschwinden begriffen ist. Die Anträge Richters, mit dem außer seinen beiden Parteigenossen regelmäßiger der Abg. Berger und die 8 Clericalen stimmen, haben danach bei vollbesetzter Commission von 28 Mitgliedern stets 12 für sich; es brauchen also nur 2 Nationalliberale mit Jenen gegen eine Etatsposition zu stimmen, um sie mit 14 gegen 14 Stimmen zur Verwerfung zu bringen: Unser Post- und Telegraphenchef, Herr Stephan, hat den bisher am wenigsten durchgearbeiteten Haushaltsetat; derselbe wird dieses Jahr zum ersten Male in der Budgetcommission verhandelt, so daß es gesetzt ist, dem durch den Reichstag etwas verwöhnten Herrn nicht, und er hat neulich seinem Alerger recht deutlich Lust gemacht, als man ihm die allen Budgetgrundzügen zufolgend Zusammenfassung und Übertragung von den zu Bauten bestimmten extraordinären Fonds durch fast einstimmig angenommenen Anträge der Budgetcommission abschafft. Man hat dies um so entschiedener, als sich herausstellt, daß gerade er der Vorlegung des so nothwendigen Gesetzes über die Einnahmen und Ausgaben Hindernisse bereitet hat. Bekanntlich hat die Reichsregierung dieses Gesetzes viel nöthiger als der Reichstag, da der letztere, wenn er sonst durch seine Budgetcommission eine strenge constitutionelle Ordnung in der Finanzverwaltung herstellen will, dies auf eine, wenn auch mühsam, so doch mittelst des Rechnungshofes völlig wirksame Weise bei dem Staat durch Einschränken von Bedingungen und Modalitäten zu den einzelnen Posten erzwingen kann. Es ist deshalb für jeden Rechtsfach wichtig, wenn er durch eine gesetzliche Fixierung der Grundsätze über die Einnahmen und Ausgaben der Gefahr überhoben wird, unerwarteten Beschränkungen durch den Reichstag im Etat unterworfen zu werden. — Die heutige Reichstagssitzung ward zum größten Theile auf die elbständischen Preßverhältnisse verwandt. Die Verhandlung über die Interpellation Winterer dürfte wieder gezeigt haben, daß die Regierung des Reichslandes nicht klug daran thut, durch Maßnahmen von zweifelhafter Gesetzmäßigkeit die Pressefreiheit zu beschränken und den Ultramontanen im Reichslande und im Reichstage Gelegenheit zu geben, sich bei der Bevölkerung beliebt zu machen. Eine wirklich freisinnige Regierung und Verwaltung würde in der Neu-Germanisierung der Reichslande schon weit bedeutendere Erfolge erzielt haben.

Hamburg, 28. Februar. [Aus dem sozialdemokratischen Lager.] Die Socialdemokraten hatten auf den letzten Sonntag eine Versammlung berufen, die insofern interessant war, als auch Mitglieder des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins“ (die sog. alten Lassalleans) erschienen waren. Beantragt war eine Resolution im Sinne der Liebknecht'schen Rede bei der Orientidebatte. Der 1½-stündigen Redede des Agitators Hörtig trat von der Gegenpartei Oberbinder aus Wien entgegen, welcher sich in einer 1½-stündigen Rede schärfe gegen Liebknecht's letzte Rede wandte. Die vielen Irrtümer derselben wies der Gegner mit Schärfe zurück. „Europa“, sagte er, „führt heutzutage keine Cabinettkriege mehr; was gegen die Kriege 1864, 66, 70—71 gesagt wird, sind Phrasen; diese Kriege haben genau so, wie Lassalle es vorhergesagt, den Fortschritt gefordert und in ein neues Zeitalter geführt. Die große Ausdehnung des Socialismus war nur im geeigneten Deutschland möglich. Auch wir sind keine Freunde des Krieges, aber wir spielen Realpolitik und rechnen mit den Thatsachen. Bismarck hat nur Lassalle's Programm ausgeführt. Es ist nicht wahr, daß die Machthaber noch heute mit den Völkern ihr Spiel treiben. Die maßgebenden Personen der Zeitzeit sind nur der Ausdruck der vorhandenen Machtverhältnisse. Wir können uns angesichts der ungeheuren Umwälzungen durch die Kriege seit 1864 nicht mit Declamationen gegen Blutvergießungen und Geldvergeudungen abfinden.“ Redner geißelt schließlich die falsche Politik Liebknecht's, die Socialisten mit den feudalen polnischen Abgeordneten alliiert zu wollen, und warnt vor der Resolution zu Gunsten einer Rede, die unwahre Dinge enthalte. Die Resolution kam denn auch nicht zur Abstimmung, vielmehr beschloß die Versammlung eine Abegung.

Dessau, 28. Febr. [Der Gesetzentwurf über die Organisation der Gerichtsbehörden.] welcher gestern der ersten Commissionsberatung im Landtag unterlegen hat, enthält mit dünnen Worten die Aufhebung der jetzt bestehenden Gerichte und die Wiedereinführung der neuen Gerichte. Um so ausführlicher sind die Motive, welche fünf eng gebrauchte Bogen umfassen. Man er sieht zunächst aus den letzteren, daß die hiesige Regierung dahinstrebt, im Reichsgericht eine Stelle mit einem Mitglied aus der Zahl der anhaltischen Richter befest zu sehen (Sonst nichts? D. Red.). Was sodann das Oberlandesgericht betrifft, so findet bekanntlich ein Anschluß an das preußische Obergericht der Provinz Sachsen statt.

Darmstadt, 27. Febr. [Der Reichsgerichts-Stuhl im Landtage.] Die Regierung wird demnächst die Bestimmung des Art. 2 pos. 4 des Gesetzes vom 8. November 1872, die Zusammensetzung der beiden Kammern der Stände betr., zur Ausführung bringen müssen, wonach während der Erledigung des bisschöpfl. Stuhles der Großherzog einem katholischen Geistlichen den Auftrag zu ertheilen hat, an der Stelle des Bischofs auf dem Landtage zu erscheinen. Unter den obwaltenden eigenthümlichen Verhältnissen ist man natürlich sehr gespannt, welchen Mann die Regierung berufen wird. Eine entsprechende Wahl dürfte in verschiedenen Richtungen Schwierigkeiten bereiten und keine allzu leichte Aufgabe sein.

Karlsruhe, 1. März. [General Cialdini] ist hier eingetroffen, um dem Großherzog die Thronbesteigung des Königs Humbert anzukündigen.

## Schwitzerland.

# Zürich, 26. Febr. [Aus der Bundesversammlung. — Das finanzielle Gleichgewichts-Gesetz. — Zur halben Militärsteuer. — Zum eidgenössischen Abstimmungsgesetz. — Das Neublaus-Gesetz. — Der Delsberger Recurs. — Ein zurückgewiesenes Begnadigungsgesuch.] Aus den letzten Tagen der Bundesversammlung ist nachzutragen, daß das finanzielle Gleichgewichtsgesetz nach etw. welchem hin und herparlamentieren zwischen beiden Räthen ins Blatt gebracht wurde. Dagegen ist kein Einverständnis über Bezug cantonaler Gelbcontingente statt der halben Militärsteuer erzielt worden. Der Ständerath hatte sich für Weitererzeug der letzteren entschieden. Im Nationalrat beantragte die Commission das Gleiche. Haberlich wendet dagegen die große Verschiedenheit ein, welche in den Cantonen obwaltet; so erhebe Uri 1 Et., Neuenburg 64 Et. Militärsteuer vom Kopf der Bevölkerung. Ein neues Militärsteuergebot würde so abgeschwächt werden müssen, daß die Bundeskasse schwerlich viel einnähme. Man solle also zu den Gelbcontingenten greifen. Auch Kaiser erklärte sich dafür; es sei ein schweres Unrecht, wenn Genf und Bern zusammen nur 89,000, Aargau und Zürich aber 276,000 Fr. und Uri, Schwyz und Unterwalden nicht einmal so viel Militärsteuern zahlten, als der kleine Kanton Zug. Ruchonnet u. A. beantragte, vor der Hand von den Cantonen so viel einzufordern, als die halbe Militärsteuer betrage. Segesser meinte, die Erhebung von Gelbcontingenten gleiche einer Strafseitenz gegen das Volk, weil dasselbe das zu viel verlangende Militärsteuergesetz zweimal verworfen habe. Es wurde jedoch Erhebung von 60 p.C. der Gelbcontingente beschlossen. In zweiter Verhandlung beharrte der Ständerath auf seinem Kopf und forderte den Bundesrat auf, im Juni ein neues Militärsteuergesetz vorzulegen. Der Nationalrat verschob den Gegenstand. — Der Letztere behandelte noch einen Gegenstand, zu welchem der Ständerath nicht mehr gelangte, nämlich Erweiterung des

den direkten Verkehr zwischen Producent und Consument nicht erzwingen; ersterer müsse die Freiheit haben, seine Ware zu verkaufen, an wen er wolle. Gengel u. A. beschwerten aber die Wokäfer als Schmarotzer, welche sich habgierig zwischen Producent und Consument eindringten und den Zweck des Marktes und der Marktzeit vertilgten. Die Handelsfreiheit darf nicht zur Vergrößerung des Schwächeren durch den Stärkeren missbraucht werden. Nagel bemerkte: eine städtische arbeiterische Bevölkerung, welche für die Beschaffung ihrer Bedürfnisse auf dem Markt angewiesen sei und zum Einkauf nur eine beschränkte Zeit habe, könne durch den Verkauf auf die heilloste Weise ausgebaut werden. Und das solle nun im Prinzip der Handelsfreiheit liegen, einen solchen ordinären Schach in schrankenlosester Weise zu gestalten, gerade hauptsächlich zum Nachteil der ärmeren Klassen? Bundesrat Heer fand es zulässig, daß die Wokäfer vom Marktplatz während der Marktzeit ausgeschlossen würden. Das werde aber wenig nützen, denn dieselben gingen den Produzenten auf der Straße entgegen oder suchten sie in den Häusern auf, und das könne man ihnen doch nicht verwehren. Sulzer entwickelte: Schon die Konkurrenz sorge dafür, daß der Missbrauch des Verkaufs in Schranken gehalten werde. Die Freiheit des Eigentums ziehe unbedingt die Freiheit des Handels nach sich. Wenn der Bauer billiger als auf dem Markt verkaufe, so spare er dafür Zeit und Geld und die Haushalte zahlten dem Wokäfer doch nicht mehr, als dem Bauer. Dennoch wurde der Recurs mit 18 gegen 15 Stimmen für begründet erklärt. — Die Bundesversammlung wies das Begründungs-Gesuch etlicher Berner Juristen ab, welche im Gefängnis sitzen, weil sie mit Dynamitpatronen Fische gefangen hatten. Sie waren zu 400 Frs. Buße verurtheilt, wurden aber freigelassen, weil sie nicht zahlen konnten. Die Commission fand die Sirene etwas hart und wollte den Rest derselben erlassen. Die Bundesversammlung lehnte aber ab, weil man, wie Forrer bemerkte, das Begründungsrecht nicht durch Berücksichtigung von Polizeivergehen herabwürdigen dürfe.

### Frankreich.

\* Paris, 27. Febr. [Die Commission des Wahlunter-suchung-Ausschusses für den Norden.] schreibt die „République Française“, die Abgeordneten Turquet, Léviere und Germain Cassé sind nach Beendigung ihrer Mission in der Somme nach Paris zurückgekehrt. In den zwölf Tagen, die sie dort gebracht, haben sie in zwei täglichen Sitzungen, welche sie auf der Präfectur, mit ihren Insignien bekleidet hielten, 120 Zeugen vernommen, die alle ihre Aussagen ehrlich bekräftigt und unterzeichnet haben. Nach dem mündlichen Bericht des Abg. Léviere über das Gebahren des Präfector Baron Cardon de Saubrane hat dieser umstichtige Beamte am Vorabend seiner Abreise eine Menge Papier verbrannt, in der Eile aber doch einige höchst wichtige Belegstücke vergessen, die von seinem Despotismus und seinen Wahlumtrieben zeugen. Die Gendarmerie hat übrigens während der Wahlperiode die Hauptrolle gespielt. Berittene Gendarmen durchzogen Tag und Nacht die Ortschaften, rissen mit ihren Säbeln die Plakate ab und verbreiteten überall einen solchen Schrecken, daß die Frauen sich vor ihnen aus dem Staube machten. Die Geistlichkeit ihrerseits, die in der Somme immer sehr mächtig ist, legte die Hände nicht in den Schoß. Die Pfarrer bettelten die Republikaner in ihren Predigten nicht anders, als: Lumpen, Brandstifter, Banditen u. s. w. und der Seelsorger einer Gemeinde, die wir hier nicht nennen wollen, ging in seinen Verleumdungen gegen rechtmäßige Bürger so weit, daß er auch polizeiell verurtheilt wurde. Dessenungeachtet blieb er laut Verfügung des Bischofs von Amiens in seinem Amt. Endlich war auch die Haltung des Richterstandes, der Militärbehörden und einer Anzahl Beamten, gegen die noch keine Maßregeln getroffen worden sind, nicht von jedem Tadel frei. An diese ernsten Umstände reiht sich noch eine komische Episode: die Delegation weiß zu erzählen, daß Herr Baron von Saubrane, Präfekt der Somme, zugleich Eigentümer, Hauptredakteur, Verkäufer und Colporteur eines groben Witzblattes: „L'Éclaireur picard“ war, das nach dem 14. October einging. Der Herr Präfekt hatte neben dem Präfeturgebäude einen Kiosk errichten lassen, in welchem ein Beamter der Mairie mit dem Verkauf der Schmähchrift beauftragt war, dessen Erfolg er allabendlich dem Generalsekretär einhändigte.

[Die Kosten des zweiten Kaiserreichs.] „République Française“ hebt aus einem so eben erschienenen Buche: „Histoire du second empire“ von Magne, hervor, was das zweite Kaiserreich, an dessen Herstellung die Herren Rouher und Genossen so eifrig arbeiten, dem Lande und somit den Steuerzahrenden kostet hat: die Staatschuld wurde um 8 Milliarden und 750 Millionen vermehrt, der „kleine Krieg“ Eugeniens mit Preußen kostete 5 Milliarden Kriegsentschädigung, dazu die Zinsen für die Kosten des Krieges selbst, etwa 600 Millionen Francs, die eine effective Schulde von 12 Milliarden darstellen; dazu runde 11 Milliarden für die früheren Kriege und Expeditionen; kurz Alles zusammengerechnet, ergibt sich eine Summe von 23 Milliarden. Dabei ist der Schade an Haus und Hof während des Krieges, der Verlust an Arbeitskräften und Menschenleben noch gar nicht veranschlagt. Das alles kostet einem Volke eine Abenteurer-Regierung, die Alles aufs Spiel setzte und das Land in Blut und Trümmer zurückließ.

[Der verstorbene Cardinal-Erzbischof von Rennes] war trotz seines kirchlichen Eisers ein geriebener Höfling und wußte dem Hause der Tuilerien Weihrauch zu streuen, um sich durch diesen für den Cardinalshut empfehlen zu lassen. Besonders wußte er, wie „Bien Public“ meldet, „die Tugenden der Kaiserin Eugenie zu loben, um sich die Gunst, nach der er strebte, zu verschaffen.“ Dabei ist nicht zu vergessen, daß dies in derselben Zeit geschah, wo Pius IX. der Königin Isabella die Tugendrose verehrte. Lebzigens war der gestern verstorbene Erzbischof einer der eingefleischtesten Ultramontanen Frankreichs und ein so grimmiger Gegner moderner Ideen, daß er sich eines Tages, als er eine Locomotive einzusegnen hatte, nicht enthalten konnte, einen heftigen Aufschlag gegen die Eisenbahnen zu machen und sie als „Werkzeuge des Satan“ zu behandeln.

[Die Pariser Presse.] Es erscheinen, schreibt man der „A. Atg.“, augenblicklich in Paris täglich 47 politische Journale; davon sind 25 Morgen- und 22 Abendblätter. Die republikanische Partei — von der äußersten Linken bis zum linken Centrum — bat darunter 22 Organe: „Le Temps“, „Le Journal des Débats“, „La République Française“, „Le Siècle“, „Le XIX. Siècle“, „L'Événement“, „Le Nappel“, „Le Réveil“, „La France“, „Le National“, „Le Petit National“, „La Presse“, „La Petit Patriote“, „Le Bien Public“, „Le Soir“, „Le Télégraphe“, „Le Républicain“, „Le Petit Journal“, „La Petite République“, „La Lanterne“, „La Dépêche“, die legitimistische Partei 6 Organe: „L'Union“, „L'Univers“, „La Gazette de France“, „Le Monde“, „Le Défense“, „L'Assemblée Nationale“. Die Orléanisten besitzen 5 Blätter: „Le Soleil“, „Le Moniteur Universel“, „Le Français“, „Le Petit Moniteur“, „La Petite Presse“; die Bonapartisten verfügen über 7 Journale: „L'Ordre“, „Le Pays“, „La Patrie“, „Paris Journal“, „Le Gaulois“, „L'Estafette“, „Le Petit Caporal“. Nicht zu nennen sind: „Le Constitutionnel“, „Le Figaro“, „Le Nouveau-Journal“, „La Liberté“ und „Le Messager de Paris“; außerdem das „Journal officiel“ mit einem Abends erscheinenden Blatte: „Le Bulletin Français“. Hinsichtlich der Verbreitung dieser Journale sind die folgenden Ziffern als ziemlich genau zu betrachten. Die republikanischen Organe haben zusammen eine tägliche Auflage von 1,300,000 Exemplaren, die legitimistischen Journale 24,000, die orléanistischen 260,000, die bonapartistischen 80,000, die nicht klassierten und die beiden ministeriellen Journale 170,000, also im Ganzen täglich etwa 1,834,000 Exemplare. Davon kommen auf das „Petit Journal“ etwa 425,000 und auf die orléanistische „Petite Presse“ 150,000 Exemplare.

### Großbritannien.

A. A. C. London, 27. Febr. [In der gestrigen Sitzung des Oberhauses] erkundigte sich Earl Delawarr (conservativer Peer) bei der Regierung, ob sie ohne Unbequemlichkeit dem Hause Mittheilungen über die Bedingungen des in Adrianopel zwischen Russland und der Porte geschlossenen Friedensvertrages, insbesondere bezüglich der projectirten Grenzen Bulgariens und der von Russland beanspruchten Kriegsentschädigung, machen könne. Wenn es wahr sei, was betrifft der Abtretung von Bulgarien gemeldet worden, was würde dann aus der Türkei werden? Es sei eine Frage von ungeheurer Wichtigkeit für England, ob die Türkei in Europa ein integraler Theil Russlands werden solle oder nicht. Eine lange Besetzung der Türkei durch russische Truppen — und dies sei infolge der schweren Kriegsentschädigung, deren Zahlung beträchtliche Zeit in Anspruch nehmen dürfte, zu erwarten — könnte nur als eine sehr ernste Sache für England betrachtet werden. Der Redner drückte schließlich die Hoffnung aus, der Minister des Älteren werde im Stande sein, das Haus zu informiren, ob die türkische Panzerlotte einen Theil dieser Entschädigung bilden solle.

Lord Derby: Ich sympathisiere völlig mit der Schrift der Friedenspartei nach Information über den Friedensvertrag, der zwischen Russland und der Türkei geschlossen werden soll. Ich sage, abgeschlossen werden soll, weil, obwohl es sich, die Unterzeichnung des Friedens würde gestern stattfinden, bis zur Stunde, wo ich das Auswärtige Amt verließ, daselbst keine Information eingetroffen war, daß die Unterzeichnung wirklich stattgefunden habe.

Ich habe zwei oder drei Versionen der beabsichtigten Friedensbedingungen gesehen, aber, obwohl sie in Allgemeinem miteinander übereinstimmen, differieren sie in einigen sehr wichtigen Einzelheiten, und ich bin nicht in der Lage, sagen zu können, welche der sich widersprechenden Angaben am meisten Anspruch auf Richtigkeit hat. Ich glaube, es darf über jeden Zweifel hinaus angenommen werden, daß die Bildung einer sehr großen Provinz Bulgarien beabsichtigt wird, die sich weit nach dem Süden des Balkans und bis zu einer kurzen Entfernung vom Ägäischen Meere erstreckt, aber ob Salonic mit einbezogen ist oder nicht, das ist einer jener Punkte, über welche die verschiedenen Meldungen von einander abweichen. Mit Bezug auf die Frage der Kriegsentschädigung stimmen die Berichte ebenfalls nicht überein. Ich habe in den Zeitungen gelesen, daß beabsichtigt wird, eine enorme, ich möchte sagen, eine fabelhafte Summe zu fordern, nämlich 150—200 Millionen Pf. Sterl. Ich halte es nicht für wahrscheinlich, daß eine solche Forderung gestellt worden, weil es vollkommen einleuchtet, daß diese Summe niemals unter irgend welchen Umständen gezahlt werden könnte. Eine Meldung spricht von einer Forderung von 40 Mill. Pf. Sterl., aber ich kann deren Richtigkeit nicht absolut verbürgen. Diese Forderung würde, wie ich höre, unabhängig von einer Gebietsabtretung sein. Es ist ganz klar, daß es keinen wichtigeren Gegenstand für die Discussion in diesem Hause oder anderwärts geben könnte, als die Friedensbedingungen, aber so lange wir dieselben nicht genau kennen, würde die Discussion darüber pure Zeitverschwendungh sein.“

[In der gestrigen Sitzung des Unterhauses] kündigte Capitän Bedford Pim, conservativer Vertreter für Gravesend, an, er würde nächstens Donnerstag den Schatzkanzler fragen, ob er versichern könne, daß die Regierung Russland nicht erlauben werde, das Machtgleichgewicht durch die Besiegereignung Armeniens, durch die Übertragung der östlichen Flotte oder durch irgend eine Einmischung in die Dardanellen zu stören; ferner, ob die Regierung außer dem Worte Russlands andere Garantien dafür besitze, daß Russland sich nicht der Halbinsel Gallipoli zu bemächtigen gedenke. Sir Haweck erkundigte sich, ob der Kriegsminister jetzt, nachdem ein Credit von 6 Mill. Pf. Sterl. zur Vergrößerung von der Wirtschaft Heer und Flotte bewilligt worden, Schritte thun würde, um das erste und zweite Armeecorps mit Transportwagen, Ambulanzen und Munitions-Trains zu complettieren, damit ein Theil des Heeres auf einen Fuß gestellt werde, der ihm gestellt in kürzester Zeit ins Feld zu rücken. Mr. Gathorne Hardy: Ich glaube, daß Alles, was das ehrenwerte Mitglied in seiner Frage anführt, für das erste Armeecorps fertig ist. Ich lasse es an keiner Untertreibung mangeln, um auch Alles für das zweite Armeecorps fertig zu stellen. Mr. Forster stellte an den Schatzkanzler die wiederholte Anfrage, ob die Regierung Information über die Friedensbedingungen erhalten habe und ob sich die Belehrungsnachricht bestätige, daß der Friedensvertrag heute (Dinstag) unterzeichnet werden würde. Sir Stafford Northcote: „Es thut mir leid sagen zu müssen, daß ich keine amtliche Information über den Gegenstand besitze. Wir haben keine weitere Information mit Bezug auf die Friedensbedingungen erhalten. Was die Gerüchte betrifft, daß der Friede wahrscheinlich heute unterzeichnet werden würde, so kann ich nur sagen, daß dies sehr wahrscheinlich der Fall gewesen sein mag, aber wir haben keine Information über den Gegenstand erhalten.“

Im weiteren Verlaufe der Sitzung lenkt Mr. Hubbard, conservativer Vertreter der City von London, die Aufmerksamkeit des Hauses auf die Besteuerung des Landes, mit besonderem Hinweis auf die ungerechte Wirkung der Einkommensteuer, und beantragt eine durchgreifende Reform in der Erhebung dieser Steuer. Er sagt hinzu, er wolle sich mit einer Versicherung seitens der Regierung begnügen, daß sie die Angelegenheit in die Hände des fähigen und erfahreneren Chefs des Departements für directe Steuern legen würde, damit ein Plan ausgearbeitet werde, der die Besteuerung des Landes auf eine gerechte, billige und wissenschaftliche Grundlage stellen würde. Nach einer kurzen Debatte, welche sehr widerstreitende Ansichten über die Frage zu Tage förderte, macht der Schatzkanzler nach einem Hinweis auf die Schwierigkeiten, welche die von Mr. Hubbard angeregte Reform darbietet, die Befrage, mit dem Vorsitzenden des Departements der directen Steuern zu berathen, ob es Punkte gäbe, in Betreff welcher die Steuerverwaltung im Allgemeinen verbessert und die Einkommensteuer insbesondere so wenig drödend als möglich gemacht werden könnte. Mit dieser Erklärung des Regierungsvortreters zufriedenge stellt, zog Mr. Hubbard seinen Antrag zurück. Während Mr. Goldney die Aufmerksamkeit des Hauses auf die Angelegenheiten des „Herald's College“ oder Wappen-Collegiums lenkte, erfolgte gegen 7½ Uhr die Auszählung des Hauses.

[Ein Artikel Gladstone's.] Das Märthfest des „Nineteenth Century“ enthält eine literarische Arbeit aus der Feder Gladstones, betitelt „Die Psalms der Ehre und der Schande“. Es heißt darin u. A.: „Seitdem die britische Regierung flugweise beschlossen, die Frage betrifft der Passage von Kriegsschiffen durch den Bosporus der Entscheidung Europas zu überlassen, ist kein Schatten eines Vorwandes für einen Separatist oder abgesonderte Operationen, die dazu angehen sind, einen Krieg in der Levante herbeizuführen, abgängig geblieben.“ Im Weiteren protestiert Mr. Gladstone gegen die von Russland verlangte Abtretung Bessarabiens Seitens Rumäniens. Russland — sagt der Ex-Premier — sollte sich nicht zu dieser kleinen Bevorzugung eines beschiedenen aber tapferen Bundesgenossen herablassen. Wenn so, dürfte daraus künftig Unheil entstehen. Von den Interessen Österreichs sprechend, sagte er:

„Wenn es sich unglücklicherweise herausstellen sollte, daß zwischen Deutschland und Russland eine Combination für geheime und selbstsüchtige Zwecke existiert, so wird der einzige Weg zu deren Bereitstellung sein, derjenigen mit Händen zu begegnen und das allgemeine Gefühl der Mächte gegen sie zur Wirkung zu bringen. Schließlich hofft er, England werde in der bevorstehenden Conferenz die Gelegenheit haben und benützen, das Wohlwollen irgend einer Nation zu erwerben, denn „kein Volk ist reich oder stark genug, den unschätzbaren Wert menschlicher Sympathien hinzutun.“

London, 27. Febr. [Grant Duff über die gegenwärtige Lage.] Im Märthfest des „Nineteenth Century“ ist eine Abhandlung des bekannten Unterhaus-Mitgliedes Mr. E. Grant Duff über die gegenwärtige „Lage“ erschienen, die Allen angelehnzt ist empfohlen sein mag, die ein wohl durchdachtes und unparteiisches Urtheil über die bisherige Politik des englischen Ministeriums in der orientalischen Frage hören wollen. Der Verfasser wagt, dem Correspondenten der „König. Zeitung“ zufolge, die Fehler des Cabinets und der Opposition mit großer Gerechtigkeit gegen einander ab und da er mit den Verhältnissen und Persönlichkeiten innig vertraut ist, fällt sein Urtheil schwer ins Gewicht. Die begangenen Missgriffe des auswärtigen Amtes führt er hauptsächlich auf Lord Derby's Unentschlossenheit und mangelhaftes Wissen zurück. Nebenbei aber beschleicht den Verfasser der Verdacht — er schämt sich fast, wie er selber sagt, ihn offen auszusprechen — daß die schwankende Politik des englischen Cabinets durch unklare Besprechungen vor geheimen Bismarck'schen

Angriffsplänen auf Holland oder Belgien, oder auf beide zugleich, veranlaßt worden sei. Derartige Voraussetzungen, meint er, könnten nur von Leuten gesetzt werden, die von der neuesten Geschichte Deutschlands und von der Einsicht Bismarck's sehr nothdürftige Begriffe haben.

„Welche andere Haltung“, so schreibt er, „hätte Deutschland denn eigentlich einnehmen können, als die es eben eingenommen hat? Es besitzt im Orient wohl einige mittelbare, aber keine unmittelbare Interessen. Es lebt in ewiger Besorgniß eines gegen Deutschland gerichteten Bündnisses zwischen Frankreich und Russland. Aus diesem Grunde verstärkt es die Festungen von Thorn, Posen und Königswberg gerade so sehr als seine Festungen im Westen. Fortwährend bereitet es sich auf diesen äußersten Kampf vor, ist aber mit seinen Vorbereitungen noch nicht fertig. Wäre es da mit dem gefunden Menschenstande vereinbar gewesen, Russland vermittelst einer Durchquerung von dessen Politik nutzlos zu reizen, wosfern es England nicht als Bundesgenossen an der Seite gehabt hätte? Aber wer kann einen solchen in einer Nation bestehen, die dem aus der Ferne zu schauenden Ausländer aus zwei Pöbelstaaten zu bestehen scheint, von denen der eine gegen den Zaren, der andere gegen den Sultan brüllt? Eine hintere schwankende, entgegengesetzte hysterischen Aufsehen preisgegebene Politik kann einem Staatsmann, der bestimmte Lösungen liebt, kaum zu trauen einfassen. Wenn Deutschland nicht mit uns ging, so geschah dies einfach, weil wir selber nicht wußten, wohin wir gehen wollten.“

Was den schlichtlichen Frieden zwischen Russland und der Türkei betrifft, so erblickt der Verfasser als die mutmaßlich größte Schädigung Englands durch denselben die Einbuße, die sein Ansehen dadurch im Orient erleiden werde. Die Erziehung der Meeregen für alle Kriegsschiffe der Welt erscheint ihm als durchaus nicht bedrohlich für das englische Interesse. Wenn aber Konstantinopel in den Besitz Russlands übergehen sollte, dann freilich würde England gezwungen sein, seine Verbindungen mit Indien in Egypten und allenfalls noch durch Besetzung irgend eines festen Hafens im griechischen Archipel sicherzustellen.

[Die Frage über den Unterschied zwischen Congress und Conference] hat begreiflicherweise auch hier zu lebhafter politischer Discussion Anlaß geboten. Als im Oberhause diese Angelegenheit zur Sprache kam, erklärte Lord Beaconsfield, daß er keinen Unterschied zwischen diesen beiden Bezeichnungen kenne.

Die landläufige Auffassung ist — äußerte er weiter — daß ein Congress eine diplomatische Versammlung sei, in welcher die Staaten, welche ihn besitzen, durch die Fürsten vertreten sind, und daß eine Conference eine Versammlung sei, in welcher die Staaten, die sie besitzen, durch Bevollmächtigte vertreten sind; ich für meine Person glaube aber, daß kein Grund für eine Unterscheidung vorliegt. Da haben wir z. B. den Congress von Rastatt, der Anfangs des vorigen Jahrhunderts abgehalten wurde. Er war aus Bevollmächtigten zusammengesetzt. Es gibt andere Beispiele, aber ich brauche nur eins aus der neuesten Zeit zu erinnern, nämlich an den Congress von Paris im Jahre 1856, in dem die Verhandlungen nicht von Fürsten, sondern von Bevollmächtigten geführt wurden.“

In der „Times“ hatte sich über diese Frage eine Polemik zwischen dem Schriftsteller Arthur Arnold und einem Herrn Burton S. Blyth entwickelt. Mr. Arnold behauptete, daß eine Conference sich mit einem Protokoll, ein Congress sich mit einem Vertrag beschäftigte, daß der Friede also nicht durch eine Conference, sondern durch einen Congress herbeigeführt werden müsse. Hierauf erwiederte Herr Blyth:

„Ein Protokoll ist nichts mehr als ein Bericht oder der procs verbal über die Verhandlungen einer Versammlung von Bevollmächtigten, unter welchem Namen diese auch immer verhüllt sein mögen, der vorgelebt und von diesen bei Beginn ihrer nächsten Sitzung unterzeichnet wird. Es ist somit notwendig ein Theil der Geschäfte eines Congresses oder einer Conference, und es gibt viele Protokolle von Congressen, an welche noch heute oft erinnert wird. Andererseits kann ein Vertrag ebenso gut auf einer Conference als auf einem Congress abgeschlossen werden, und es ist Thatache, daß der größte Theil der in dem letzten halben Jahrhundert abgeschlossenen Verträge, welche Europa im Allgemeinen oder die Großmächte — und nur solche Verträge kommen in Betracht, denn wenn zwei Kriegsführende nur ihre besonderen Interessen in Betracht ziehen, werden sie ihre Zwistigkeiten unter sich allein beilegen — betreffen, durch Conference zu Stande gekommen ist. Der letzte Vertrag, der durch einen Congress verhandelt wurde, war der Friede von Paris, welcher nahe daran ist, in Zeiten gerissen zu werden, aber seitdem sind zahlreiche Verträge von mehr oder minder großer Bedeutung abgeschlossen und stets, wenn sie allgemeine europäische Interessen betreffen, auf Conferencen. Die Verträge, durch welche die Beziehungen von Holland und Belgien endgültig geregelt wurden, wurden verhandelt auf Conferencen in London, und auch einige der wichtigsten Abschlußungen in Betreff der Türkei — so zum Beispiel die von 1841 — sind durch Conferencen getroffen. Ueber die Schließung der Festung Luxemburg und die Neutralisierung des Großherzogthums ist man auf einer in London abgehaltenen Conference zu Vertragsbestimmungen übereingekommen, und 1871 wurde ebenfalls auf einer Conference in London ein Vertrag abgeschlossen, in dem Russland all' die Freiheit der Action auf dem Schwarzen Meer zurückgegeben wurde, welche ihm der Pariser Vertrag genommen hatte. Thatsächlich haben also in praktischer Beziehung Conference und Congress denselben Sinn. Als der einzige Unterschied könnte etwa angeführt werden, daß das ältere Wort Congress einen etwas stärkeren Ton hat und es deswegen bei den Fürsten beliebter macht, die sich stets in Position stellen, und bei Staatsmännern, die gern den Mund etwas voller nehmen. Der „Guide Diplomatique“ sagt: Man benennt mit den Namen „Congress“ oder „Conference“ eine Versammlung von Bevollmächtigten, welche durch ihre betreffenden Regierungen ernannt sind, um über einen Frieden zu verhandeln oder um Fragen der allgemeinen Politik über welche sie verschiedener Meinung sind, zu entscheiden. Montagu Bernard sagt in seinen Lectures on Diplomacy, daß das Wort Conference, welches für jede berathende Versammlung angewendet werden kann, während der letzten 30 oder 40 Jahre für dieselben Versammlungen angewandt worden sei, welche man früher Congress genannt habe.“

### Österreichisches Reich.

B. F. Bukarest, 27. Febr. (Von unserem Special-Correspondenten.) [Die Übergabe von Widdin. — Russische Vorsichtsmaßregeln.] Am 24. d. Ms. ist die Festung Widdin auf Grund der Waffenstillstandsbedingungen von rumänischen Truppen besetzt worden. Die Übergabe erfolgte Seitens des commandirenden Pascha's direct an den Commandeur der rumänischen Belagerungstruppen, General Manu, ohne daß in dem abgeschlossenen Übergabeprotokoll einer anderen Macht erwähnt worden wäre. Nach Abschluß dieses Protokolls deserteerten die Vertheidiger vor der in Parade aufgestellten rumänischen Armee und zogen in Gemüthe der vereinbarten Stipulationen mit Waffen und Gerät gegen Niș ab. Um 3 Uhr Nachmittags erfolgte der Einzug der Rumänen in der bei solchen Fällen üblichen Weise. Die gesamte Bevölkerung, welche schon längst des Bombardemens müde geworden war, sah diesem Acte mit Befriedigung entgegen. Ob, wie es heißt, nun alle Christen und Mosomedaner die Einrückenden mit Jubel empfingen, muß dahingestellt bleiben, klingt jedoch sehr unwahrscheinlich. Der Turke erträgt im Allgemeinen alle Wechselseite des Schicksals mit Würde; dem Feinde zuguzubehn, dazu ist er am allerleichtesten im Stande noch dazu, wenn erster ein fräherer Vasall seines Sultans gewesen. — Um 5 Uhr war die Festung vollständig in Besitz genommen und die rumänische Tricolore flatterte auf den Wällen. Als bald wurde der Schaden in Augens

sehen; kein Wunder, daß unter diesen Umständen die Übergabe der Festung als eine endliche Erlösung aus höchster Noth angesehen wurde und jeder aus tieftem Herzen auszuathmen begann. Beinahe während der ganzen Dauer der Belagerung waren die Einwohner gezwungen, zu hunderten in engen Kellern Schutz zu suchen und sich in Folge dessen durch Monate hindurch einer pestilenzialischen Atmosphäre auszusetzen. — Mittlerweile sind die bis und im Widdin gelegenen Truppen zum Theil aberaus worden und befinden sich auf dem Nachaufmarsche. Wie verlautet, sollen alle festen Plätze durch frische russische Kräfte stark besetzt werden, um etwaige Parteienahme der Rumänen für zukünftige Verwicklungen mit Österreich-Ungarn zu Ungunsten der Russen von vornherein unmöglich zu machen. Russische Offiziere sprechen es offen aus, daß der Conflict mit Österreich und England zusammen, wenn einmal unvermeidlich, im gegenwärtigen Moment weit günstiger für Russland ausgetragen werden könne, als in einigen Jahren, wo während der Zwischenzeit eine höchst kostspielige Bereitschaft unterhalten werden müsse und die günstigen militärischen Positionen der momentanen Situation zum größten Theile in Wegfall kämen. Es wird russischerseits kein Geheimniß mehr daraus gemacht, daß man sich mit allen zu Gebote stehenden Mitteln auf alle Eventualitäten noch so ernster Natur vorbereitet und zu diesem Zwecke die gesammte Wehrkraft des ungeheuren Kaiserreichs im Begriffe steht, aufzubieten zu werden. Die Wirkung eines russisch-türkischen Schutzz- und Trutzblündnisses würde dann zunächst in der Heranziehung des größten Theiles der asiatischen Armee auf den europäischen Kriegsschauplatz bemerkbar machen.

## Provinzial - Zeitung.

—n. Breslau, 2. März. [Der Verein kath. Lehrer] hielt am 26. v. M. im Café restaurant, Abends  $\frac{1}{2}$  Uhr, seine Februar-Sitzung. Nachdem der Vorsitzende, Rector Deutschemann, den vor Kurzem hinschiedenen beiden Collegen und Vereinsmitgliedern, Rector Helbig und Lehrer Paul Blasel, einen Nachruf gewidmet und auf sein Studien die Familiengesellschaft zum ehrenden Andenken der Verstorbenen von den Plätzen erhoben hatte, wurde das Protokoll der letzten Sitzung verlesen und genehmigt, worauf College Schaffer einen Vortrag über das Thema hielt: „Wie bildet die Schule den Willen des Bürglings aus?“ dessen Hauptgedanken etwa folgende waren. Die Schule bringt durch alle ihre ersten Einrichtungen, die sich dem Bürgling tief einprägen und ihn andauernd an ein ihnen entsprechendes Handeln gewöhnen, zu vernünftigem Wollen. Der Unterricht führt dazu, indem er dem Bürgling zunächst die wichtigsten Gegenstände des Handelns kennen und schähen lehrt und infolge dessen Hingabe und Begeisterung für dieselbe erweckt. Er lehrt aber auch Regeln und Grundsätze für unser Streben und schafft sonach die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit der Errreichung des Ziels. Er stellt ferner die Aneignung des Stoffes als Ziel vor und fordert so zum fortlaufenden Streben auf. Durch die jahrelange Arbeit in derselben Richtung, sowie durch die bejondere Hervorhebung der Pflichten als Grundlage unserer Existenz bahnt er die Ausbildung eines sittlichen Charakters an. Durch die Schulgesetze verhindert die Schule das Unrecht und erhält das Gute. Die Buchstaben sind, als der individuelle Theil der ganzen Schulerziehung, bringt den Bürgling in einzelnen Fällen zur Erkenntnis seiner Fehler und verhilft ihm zu besseren Einschätzungen. An diesen Vortrag schloß sich eine längere, äußerst lebhafte Debatte, an der sich ein großer Theil der Anwesenden beteiligte. Nachdem der Vorsitzende dem Collegen Schaffer im Namen der Zuhörer für den geistvollen, pädagogisch-theoretischen Vortrag den besten Dank ausgesprochen, wurde zum zweiten Punkte der Tagesordnung, den Mittheilungen, übergegangen. Wirheben aus denselben nur hervor, daß Rector Körnig im Namen und Auftrage der beiden anderen Curatoren Bericht erstattete über den Stand der schlesischen katholischen Elementar-Lehrer-Witwen- und Waisen-Kasse am Schlüsse des Jahres 1876, sowie über die Jahreshälfte der Curatoren in Bezug auf die Rassenangelegenheiten, wofür College Bischöfle im Namen des Vereins dem Curatorium den aufrichtigen Dank ausspricht. Darauf wurde die Sitzung um 10½ Uhr aufgehoben.

H. Breslau, 1. März. [Grundbesitzer-Verein.] In der gestern Abend im Café restaurant abgehaltenen Versammlung des Vereins berichtete der Vorsitzende, Bankdirektor Milch, zunächst über die Constitution des Vorstandes. Derselbe wählte zum Vorsitzenden Director Milch, zu Stellvertreter Kaufmann Grüttner und Juwelier Markfeld, zum Schriftführer Reg.-Secretär Späth, zu dessen Stellvertreter Eisenbahn-Sekretär Werner, zum Kassirer Kaufmann Rabe, zum Controleur Kaufmann Hamburger, die Herren Strafa und Pracht haben die Wahl in den Vorstand abgelehnt, an ihre Stelle sind die Herren Schnabel und Großé getreten. Die in der vorigen Sitzung beschlossene Vorstellung an die städtischen Behörden gegen die in Aussicht genommene Einführung des Minimal-Wasserverbrauchs-Tarifs wird nach dem Beschuß des Vorstandes gedruckt und befußt Unterschrift colportiert, resp. an verbindeten Stellen ausgelegt werden. — Demnächst wird die in der letzten Sitzung abgebrochene Discussion über diesen neuen Tarif wieder aufgenommen. Dr. Korn referirt zunächst über die im Bezirksverein der Ohlauer Vorstadt bezüglich derselben Gegenstandes gefassten Beschlüsse. Aus der demnächst folgenden ausgedehnten Discussion ist herzoverheben, daß die Berechnung des Selbstostenpreises des Wassers nach Abzug des für öffentliche Zwecke verbrauchten, ohne Bezahlung entnommenen Quantum vom mehreren Seiten bemängelt wurde. Die Versammlung beschloß, die Wasserfrage durch die in der vorigen Sitzung erfolgte Annahme der vom Vorstande vorgelegten Petition für erledigt zu erachten und über alle anderen, zur Sache gestellten Anträge vorläufig zur Tagesordnung überzugehen.

Hierauf beantragt Herr Wenzel nach kurzer Motivierung, der Verein wolle beim Abgeordnetenhaus dabin vorstellen werden, daß der § 2 des Gesetzes über den Erwerb von Eigenthum vom 5. Mai 1872, dessen Bestimmungen über die Ausfassung dem Schwelz Thür und Thor öffnen, dahin abgeändert werde, daß die Ausfassung von Grundstücken für den Käufer erst dann erfolge, wenn letzterer den Beweis über den gelösten Kaufstempel erbracht hat. Durch diese Abänderung, meint der Antragsteller, werde es wenigstens vermieden werden, daß notorische Lumpen, welche keine Mark in der Tasche haben, Grundstücke kaufen, dieselben dann auszuschlagen und deren Subbstation herbeihören. Nach kurzer Discussion, bei welcher auch die Präzis der Schwelzbauten, das Vorziehen von Strohmännern Seitens der großen Baupraktikanten und die dadurch herbeigeschaffte Überhöhung der Materialien-Lieferanten und Professionisten, gegeißelt, ebenso auch die Mängel und die den Grundbesitz schädigenden Bestimmungen der Subbstation besprochen wurde, beschloß die Versammlung auf den Antrag des Dr. Korn, den Antrag Wenzel dem Vorstande und einer aus den Herren Wenzel, Kämpf und Kramer bestehenden Commission zu überweisen und den Vorstand zu ermächtigen, einen juristischen Beistand zuguziehen.

Zur Beratung lag der Verfassung endlich noch ein Antrag vor, eine Petition endlich an das Polizei-Präsidium zu richten in dem Falle der Nicht-abmeldung eines nicht angemeldeten Unternehmers nur den Mieter zur Strafe heranzuziehen, sowie der Antrag: alle Bezirksvereins-Vorstände aufzufordern, dieser Petition beizutreten. — Die Beschlusssitzung über diesen Antrag wird nach längerer Discussion bis zur nächsten Sitzung verlegt.

Schlesische Gesellschaft für vaterländische Cultur. Sitzung der naturwissenschaftlichen Section vom 23. Januar 1878. 1) Herr Dr. H. Sträßer teilte mit: die Resultate seiner Untersuchungen über die erste Entwicklung des Extremitätskeletts bei Amphibien, Reptilien und Säugetieren. Die Entwicklungsbähnlichkeit der menschlichen Phalangen sind von ihm speziell mit Rücksicht auf die von Henle 1874 gemeldeßen Befunde einer genaueren Prüfung unterzogen worden.

2) Herr Dr. G. Born trug über seine in neuester Zeit fortgesetzten Untersuchungen des Carpus und Carpustellates von Anuren und Sauriern vor und wies namentlich auf die große Variabilität in der Bildung der VI. Zehe bei Individuen einer und derselben Art hin. Ebensso ergeben sich eine Reihe verschiedener Variationen im Bilde des Carpus von Chamaeleo, die sehr wohl geeignet waren, die Divergenz in den Angaben der Autoren zu erklären.

3) Herr Prof. von Lassaulx macht eine Mittheilung über den Meteorfall zu Görlitz am 4. December d. J. Durch freundliche Vermittelung des Herrn Dr. Bed in Görlitz ist ihm von Herrn Leeder, Lehrer an der Mittelschule und Vorsitzenden der geogr. Section der naturforschenden Gesellschaft, ein ausführlicher Bericht über jenes Ereigniß zugegangen. Das Meteor

wurde früh Morgens 6  $\frac{1}{2}$  Uhr von mehreren Personen im Niedergange beobachtet. Die glühende, hell leuchtende Kugel, von Nordwesten her kommend, fuhr über die Peterskirche hin und dann, sich in rapidem Falte sentend, ancheinend taum 1 Fuß hoch über die Dachfirsten der hart an der Neisse stehenden Häuser der Hoherstraße weg in die Neisse. Nur ein einziger Beobachter will das Einschlagen in das Wasser selbst wahrgenommen haben, begleitet von weitem Aufschäumen und deutlichem Fischen. Die von ihm angegebene Stelle liegt nur wenige Meter entfernt vor dem Punkt, den Herr Leeder aus sorgfamer Aufnahme der Dertlichkeit nach den Angaben der übrigen Zeugen als Ort des Einschlags berechnet hat.

Es liegt dieser ca. 50 m stromabwärts vom Neisseufer, welches zwischen den Häusern der Hoherstraße und der Breslauerstraße unterhalb der alten Neissebrücke herübergeht, vor der oberen Spize der am meisten dem rechten Ufer nahe liegenden der 3 dort vorhandenen z. Th. als Inseln aufragenden Sandbänke. Jetzt steht über der Stelle etwa  $\frac{1}{2}$  — 1 m Wasser, wenn aber vielleicht ein trockener Sommer sie frei legen sollte, so würde es immerhin von Interesse sein, dem fossilen Sendlinge nachzuspüren.

Der Vortragende legte eine Arbeit des Herrn A. Renard, Conservator am Musée royal d'Historie naturelle von Belgien vor: Sur la structure et la composition mineralogique du Coticule etc. Die Resultate dieser interessanten Erforschung der sog. Weichschiefer der Ardennen werden durch Handstüle erläutert, die der Vortragende selbst gesammelt hat, sowie durch entsprechende von denselben angefertigte Dünnschliffe. Endlich bespricht der Vortragende das neue Werk des Directors der irischen geol. Landesuntersuchung, des Herrn Prof. G. Hull zu Dublin: The physical Geology and Geography of Ireland. London bei Stanford 1878. Der treffliche Kenner der geol. Verhältnisse der grünen Insel bietet in dem ersten Theile dieses Buches eine kurzgefaßte Übersicht über die Formationen und ihre Versteinungen und Gesteine, an die sich im zweiten Theile eine eingehende Erörterung der gesammten orographischen Verhältnisse, der Bergketten und ihres „Birthday“, der Flüßbäder und der ungähnlichen Seen, sowie auch der centralen Ebene in trefflichen Einzelhildungen anschließt. Von ganz besonderem Interesse ist dann auch noch der dritte Theil des Buches. Er handelt von der „glaciation of Ireland“ und ist von einer kleinen Übersichtskarte über die alten Gletscherbergen und die von ihnen ausstrahlende Bewegung der zahlreichen über die ganze Insel verbreiteten Anzeichen und Reste der alten Vergleichung, die z. Th. schon im ersten Theile des Buches ihre Erörterung fanden, sind hier zu einem außerordentlich übersichtlichen und anziehenden Bilde zusammengefügt. Jeder Geologe und Freund des grünen Westlandes wird das Werk des irischen Forschers mit Freuden begrüßen.

Schließlich legt der Vortragende eine außergewöhnlich schöne Kristallgruppe von Orthoklas, einen Schießehorn, vor, den er der Güte des Herrn Zimmermann in Striegau verdankt, sowie seltene Zwillinge von Kalkspat, Zwillingsebene — 2 R. von Traversella in Piemont, die er durch Herrn Bergkath M. Braun in Aachen erhalten hat. Grube. Römer.

□ Breslau, 1. März. [Humboldt-Verein für Volksbildung.] Herr Stadtrath Hüllebrand, welcher als stellvertretender Vorsitzender die geistige Monatsversammlung der Mitglieder leitete, eröffnete dieselbe mit verschiedenen Mittheilungen und gab dann das Wort Herrn Prediger Reichenbach zu einem Vortrage über das Leben und Wirken des großen Mathematikers und Astronomen Carl Friedrich Gauß. Derselbe wurde im April 1777 zu Braunschweig geboren, wo im vorigen Jahr zur Feier seines 100. Geburtstages an seinem Geburtsorte eine Erinnerungsstätte errichtet wurde. Er ist uns, wie so vielen Andern, ein Beweis, daß ein Genius ein genialer Vertreter des Menschengeistes, auch in den ärmltesten Verhältnissen geboren werden kann. Sein Vater war Tafelmaler eines Sterbeherrn und betrieb etwas Gärtnerei. Der Vortragende zeigte, wie Gauß schon als Kind Beweise seiner großen Begabung gegeben, schätzte dann seinen Bildungsgang und ließ sich zuletzt über seine Bedeutung als Mathematiker, Astronom und Physiker weiter aus. — Das Referat, welches Herr Dr. Schiewel geben sollte, fiel aus. Der Fragestaaten bot nichts von Bedeutung. An die Anwesenden wurde die Schrift von A. Lammer: „der Socialismus“ vertheilt.

— ch. Lauban, 28. Febr. [Concert.] Kirchenruine. — Fleischschauf. Gestern Abend veranstaltete der hiesige Musikverein unter Direction des Herrn Cantor Böttger im Hotel zum Hirsch sein 3. Concert, wobei sich die Stadtkapelle durch Mitglieder der Görlitzer und Zittauer Stadtkapelle verstärkt hatte. Das Concert erfreute sich eines so zahlreichen Besuchs, daß der Saal das Auditorium kaum aufzunehmen vermochte. Sämtliche Piecen wurden gut executirt und fanden das Violin-Solo des Herrn Muß-director Sauer-Görlitz und besonders die Gefangenvorträge des Fräulein Lord-Görlitz recht lebhaften Beifall. — Ein historisches Denkmal besichtigt Lauban in den alten Kirchenruinen. Der ehemals stolze Bau wurde von den Hussiten, welche damals auch am hiesigen Orte stark gewirkt haben, zerstört und steht die Ruine noch heute als sprechendes Zeugnis vergangener Zeiten da. Schon seit einigen Jahren hat man sich von Seiten der städtischen Verwaltung mit dem Gebauet getragen, den alten Bau abzubrechen, um dadurch einen freien Platz zu gewinnen. Verschiedene Schwierigkeiten, welche dadurch entstanden, daß man den mit der Ruine in Verbindung stehenden Glorietthurm, welcher das Geläut der evangelischen Kirche trägt, zu erhalten wünscht, waren die Ursache, daß das Projekt noch nicht zur Ausführung gekommen ist. In der letzten Stadtverordneten-Versammlung gab Herr Stadtbaurath Abel ein Gutachten wegen der Haltbarkeit des Thurmes ab, welches dahin ging, daß das Mauerwerk im Innern tadellos, ohne jeglichen Sprung oder Zerklietigung befunden worden sei und daß daher wegen der guten Beschaffenheit des Mauerwerks der Abriss ohne jede Gefahr stattfinden könnte. Wie beschlossen, soll der Abriss bis spätestens zum Neujahr 1879 erfolgen. — Dem Herrn Kreisbürgermeister Perlett ist die Fleischschauf am hiesigen Orte von Seiten der städtischen Behörden übertragen worden, ebenso die Beaufsichtigung der hiesigen Jahrmarkte, auf welchen Vieh- und Pferdehandel stattfindet. Das Fleisch auf den Wochenmärkten und das Fleisch, sowie die Fleischwaren in den Läden werden wöchentlich, die Schlachttäten monatlich wenigstens einmal controlirt. Einige Nebenstände sind sofort zur Kenntnis der Polizei-Verwaltung zu bringen. — Bei der hier dieser Tage stattgefundenen Abiturienten-Prüfung erhielten 3 Prinzipalmaner das Zeugnis der Reife. Zwei wurden vom mündlichen Examen disqualifiziert.

s. Waldenburg, 28. Febr. [Verurtheilung.] — Vorschußverein. — Einem Bauerngutsbesitzer in Ober-Wüstegiersdorf wurde im September v. J. eine Kuh frank, welche, da sie nicht mehr aufstehen konnte, von einem Küschler, der zugleich Fleischgerüste war, geschlachtet wurde. Derselbe bestellte beim Schlächten, es sei die höchste Zeit, die Kuh habe den Milbrand, ließ dann die Spuren der Krankheit beseitigen und die Milz und Ein- geweide vergraben. Auf Anregen des Fleischgerüsts, welcher äußerte, es sei schade um das Fleisch, verkaufte der Bauerngutsbesitzer dasselbe an einen Fleischhauer in Wüstegiersdorf. Letzterer als selbst von dem Fleische und verkaufte einem Arbeiter den Kopf und die Zunge der Kuh. Beide, der Fleischhauer und der Arbeiter, erkrankten nach dem Genuss des Fleisches und starben. Die Obduction der Leichen ergab, daß beide Personen an Milbrandvergiftung gestorben waren. Infolge dessen wurden hier im öffentlichen Audienztermine der Bauerngutsbesitzer und der Fleischgerüste wegen fahrlässiger Tötung eines Menschen zu drei Monaten Gefängnis und zur Tragung der Kosten verurtheilt. — In der gestern abgehaltenen General-Versammlung des hiesigen Vorschußvereins (eingetragene Genossenschaft) erstattete Director Hübner den Geschäftsbericht pro 1877. Der Verein zahlte am Schlüsse des gedachten Jahres 1688 Mitglieder, deren Guthaben sich auf 228,137 Mark belief. Der Reservesaldo betrug 53,380 Mark, während sich die Spareinlagen auf 1,457,971 Mark bezeichneten. Der Reingehalt beträgt 41,636 Mark. Die Versammlung beschloß, den Mitgliedern 12% Dividende zu gewähren, den Beitrag zum Central- und Provinzialverband auf 90 Mark festzusezen, dem im vorigen Jahre gegründeten Wohltätigkeitsfonds 716 Mark zuzuweisen, dem Kreis-Comitee, welches sich hier zur Förderung der im Kreise herrschenden Rothände gebildet hat, zu genanntem Zweck 1000 Mark zur Verfügung zu stellen und den Reservesaldo um 9861 Mark zu vermehren.

□ Neumarkt, 1. März. [Tageschronik.] Gestern gegen Abend wurde der etwa 15 Jahre alte Laufbursche hiesiger Apotheke vermisst, der den ganzen Tag über noch lustig und guter Dinge gewesen war. Abends gegen 9 Uhr fand man ihn aus dem Boden in knieender Stellung unter einem Ballen, an welchem er sich vermittelst einer Guckerschnur aufgehängt hatte. Motive zur That sind unbekannt. — Gestern Abend fand das letzte Wintervergnügen der hiesigen Bürgerschützen-Messe in Baum'schen Saale statt und zwar ein ganz solennier Maslenbahn. — Der unaufhörliche Regen hat die Wege, welche nicht austrocknen, fast ganz unwegsam gemacht. Wen von der Landbevölkerung nicht notwendige Geschäfte nach der Stadt treiben, der bleibt bei solchem Wetter zu Hause.

? Steinau a. d. O., 28. Febr. [Aus dem Kreise.] Unser stattliches Kreishaus ist nun fertig. Die Bausumme — veranschlagt auf 90,000 Mark — ist um 13,000 Mark überschritten worden. Um den Kreis nicht allzusehr

zu belasten, schlägt der Kreisausschuss dem Kreistag vor, aus der Kreissparkasse, welche über große Kostenbestände disponirt, ein hypothekarisches Darlehen von 43,000 Mark zu 4½ % verzinslich aufzunehmen und mit diesem Capital sowohl die Mehrosten als auch die erste Rückzahlungsrate von 30,000 Mark des aus dem Provinzialhilfsfonds entnommenen Darlehns von 90,000 Mark zu decken. Ueberraschend war diese so erhebliche Überschreitung der Bausumme nicht bloss für den Kreistag, sondern auch für den mit der Beaufsichtigung des Baues betrauten Kreisausschuss, da die Lieferung der Materialien und Arbeiten mit beträchtlichen Untergeboten vergeben waren. Es liegt dies hauptsächlich darin, daß der von dem Königlichen Baumeister Gräfe gemachte Anschlag gewiß nothwendige Arbeiten gar nicht in Anzahl brachte, andererseits Mehrarbeiten nothwendig waren, welche bei gründlicher Prüfung des Anschlags zum Theil vermieden werden konnten. Der den Kreis ganz erheblich belastende Kreishausbau wird im Augenblick noch drückender durch die Vacanz des Landratsamts, da die landräthliche Wohnung im Kreishaus von dem gegenwärtigen Landratshauptverwalter nur zum kleinen Theil benutzt wird, der Kreis daher einen großen Ausfall an Miete erfährt. Wir können anderen Kreisen, welche den Bau eines Kreishaus beabsichtigen, nur raten, die Frage wiederholt und reislich zu prüfen und namentlich zu überlegen, ob es zweckmäßig ist, die Wohnung des Landrats, des Kreissekretärs, des Kreissteuerbeamten, des Kreissparlasseur, der hiesigen Sechzigstädte zu verlegen. Wir sind der Überzeugung, daß es für den Kreis vortheilhafter ist, blos für Amtslocalien zu sorgen, eben aber höchstens die landräthliche Wohnung damit zu verbinden.

□ Trebnitz, 27. Februar. [Zur Tageschronik.] Der hiesige evangelische Frauen-Verein hatte im vergangenen Jahre eine Einnahme von 401 Mark 73 Pf. verausgabt, aber wurden 389 Mark 79 Pf. Ortsarme wie Schulkinder wurden mit verschiedenen Geschenken bedacht. — Am 23. h. verband der hiesige Gewerbe-Verein seine General-Versammlung mit einem sollem Balle. Nachdem Herr Kaufmann Jungas als Vorsitzender des Vereins die Anwesenden begrüßt hatte, hielt Herr Lieutenant Höche einen mit vielen Fleisch und großer Fackelkunst gefestigten freien Vortrag über: „Die Malerei in der Sprache mit Vocalen und Consonant“ — wofür ihm Seitens der Zuhörer lebhafte Applaus zu Theil wurde. — Am 25. h. fand ein von der hiesigen Schützengilde geschmackvoll arrangierter Mastenball statt und zur selben Zeit feierte der evangelische Gesellen-Verein sein Winterfest im Feige'schen Saale. Eine Feierlichkeit drängte in unserem kleinen Städtchen die andern, so daß wohl hier von der sogenannten schlechten Zeit nicht viel zu spüren ist.

□ Dels, 28. Febr. [Concert.] Das vom Seminar-Director Herrn Henning zu wohlhabigen Zwecken veranstaltete Concert fand ein ebenso dankbares als zahlreiches Publikum. Mit wahrer Andacht lauschte daselbe den Vorträgen, welche unter der Leitung des Musikkäfers Herrn Winkelmann von dem Sängerkore des Seminars unter Mitwirkung geschickter musikalischer Kräfte zu Gehör gebracht wurden. Mendelssohns Festgesang an die Künster, Lieder für Männerchor, 2 Clavier-Piecen und der Vortrag von zwei Liedern für Sopran, welche eine hiesige Dame mit langvolter Stimme vortrug, boten in dem ersten Theile mannigfachen hohen Genuss. Im zweiten Theile gelangte die ansprechende umfangreiche Lieder-Composition „Im Walde“ von Otto zur Aufführung. Die außerordentliche Sorgfalt, welche der treffliche Dirigent auf die Einübung verwandt, trat unverkennbar hervor, und wird die Concerte des Seminars zu Glanzpunkten in unserem musikalischen Leben erheben.

## Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegraph-Bureau.)

Wien, 1. März. Die „Polit. Corr.“ erfährt aus Serajewo, es sei eine aus muhammedanischen Vögeln und bosnischen Katholiken bestehende Deputation von dort nach Wien abgereist. — Von Gettine wird dem Blatte gemeldet, Russland verlange für Montenegro u. A. die Abtreitung des zwischen Piva, dem Lim und der Drina gelegenen Territoriums, so daß Montenegro künftig bei Bivograd unmittelbar an Serbien angrenzen würde. — Aus Cattaro geht der „Polit. Corr.“ die Nachricht zu, daß der Abbruch der in Bivazar über die Feststellung der Demarcationslinie gepflanzten türkisch-montenegrinischen Verhandlungen zu erwarten siehe. — Von London wird dem Blatte berichtet, die türkischen Gesandten bei den Friedensverhandlungen erhobenen Schwierigkeiten dauern fort, der Vorschlag der Türken, den formellen Friedensschluß bis zum Zusammentreffen der Konferenz zu vertagen, sei russischerseits kategorisch zurückgewiesen worden.

Rom, 1. März. Der Papst hat, um etwaige Kundgebungen fern zu halten, befohlen, nächsten Sonntag, nach der Krönung, in der Sizilischen Kapelle keine kirchliche Feier in der Basilika des Vaticans abzuhalten. Dem Vernehmen nach werden vom Papste Delegirte abgesendet werden, um den Souveränen seine Thronbesteigung anzeigen.

Versailles, 1. März. Senat. Der Kriegsminister beantragt die Berathung des Generalstabsgesetzes zu vertagen, er werde einen neuen Gesetzentwurf nach dem gestern vom Senate beschlossenen Princip vorlegen, welcher die Regelung

# Berliner Börse vom 1. März 1878.

Pfandbriefe.

## Fonds- und Gold-Course.

Deutsche Reichs-Anl.	4	96,20	bzG
Concordia-Anleihe	4	103,00	bzG
do. do. 1876	4	96,40	bz
Staats-Anleihe	4	96,30	bz
Schäts-Schuldscheine	31/2	92,90	bz
Präm.-Anleihe v. 1855	31/2	139,00	bz
Berliner Stadt-Oblig.	4	101,80	bz
Berliner	4	101,40	bz
Pommersche	31/2	83,60	bz
do. do.	4	92,20	bz
do. do. 41/2	102,20	bz	
Posensche neue	4	94,80	bz
Schlesische	31/2	83,10	G
Ludschafel-Central	4	93,00	bz
Kur. u. Neumarkt	4	93,75	bz
Pommersche	4	95,60	bz
Posensche	4	95,40	bz
Preussische	4	95,60	bz
Westfäl. u. Rhein.	4	98,50	bz
Sächsische	4	96,30	G
Schlesische	4	95,90	bz
Badische Präm.-Anl.	4	120,80	bzG
Bayerische 4% Anleihe	4	Ziehung	
Cöln-Mind. Prämienchs.	31/2	110,50	bzG
Sächs. Rente von 1876/7	2	72,60	bz

## Wechsel-Course.

Amsterdam	100 Fl.	8 T. 3	168,65	bz
do. do.	2 M. 2	167,90	bz	
London	1 Lstr.	3 M. 2	20,28	bz
Paris	100 Frs.	8 T. 2	81,10	bz
Petersburg	100 SR.	3 M. 3/2	215,25	bz
Warschau	100 SE.	8 T. 3/2	216,00	bz
Wien	100 Fl.	8 T. 4/2	169,00	bz
do. do.	2 M. 4/2	168,00	bz	

## Eisenbahn-Stamm-Aktionen

Divid. pro 1876	1877 Zf.			
Aachen-Mastricht	1	4	19,25	bz
Berg.-Märkische	3/4	4	73,75	bz
Berlin-Anhalt	6	4	86,50	bzG
Berlin-Dresden	6	4	10,50	bz
Berlin-Görlitz	2	4	13,80	bz
Berlin-Hamburg	11	4	163,10	bz
Berl.-Potsd.-Magdeb.	11	4	77,00	bz
Berlin-Stettin	3/2	4	102,10	bzG
Böh. Westbahn	5	4	73,10	etbzG
Breslau-Freib.	5	4	63,40	bz
Cöln-Minden	5/4	4	90,50	bz
Dux-Bodenbach	7	4	16	bz
Gal. Carl-Ludw.-B.	7	4	161,10	bz
Halle-Sorau-Gub.	6	4	13,90	bz
Hannover-Altenb.	6	4	11,10	bzG
Kaschau-Oderberg	4	4	41,50	bz
Kronpr. Rudolfs.	5	4	48,00	bz
Ludwigs.-Rexb.	9	4	178,75	bz
Märk.-Posener.	9	4	17,75	bzG
Magdeb.-Halberst.	8	4	103,25	bz
Mainz-Ludwigsh.	5	4	81,00	bzG
Niedersch.-Märk.	4	4	96,10	bz
Obersch. A.C.D.E.	3/2	4	120,75	bz
do. neues(50%) Eins.	5	4	—	
Oesterr. B.	9/2	4	113,75	bz
Oesterr.-Fr. St. E.	5/2	4	431-324	bz
Oest. Nordwestb.	5	4	182,00	etbz
Oest. SÜdb.(Lomb.)	6	4	123-31/2	bz
Ostpreuss. Südb.	9	4	38,30	bz
Ostpreuss. Süd.	6/2	4	96,00	bz
Reichenberg-Pard.	4/2	4	37,25	bz
Heinrichs.	7/2	4	104,50	bz
do. Lit. B.(49%) gar.	7/2	4	93,10	bz
Heinr.-Nahe-Bahn.	9	4	9,30	bz
Rumän. Eisenbahn	9/2	4	22,70	bz
Schweiz-Westbahn	9/2	4	16,75	Q
Stargard - Posener.	4/2	4	110,30	bz
Thüringer Lit. A.	9/2	4	112,75	bz
Warschau-Wien.	8/2	4	160,00	bz

## Hypotheken-Certificate.

Krupp'sche Partial-Ob.	6	107	bz
Unk. Pfad. Pd. Hyp. B.	4	94,50	G
do. do.	5	101,50	bzG
Deutsche Hyp.-B.-Pfd.	4	95,00	bzG
do. do.	5	100,50	bzG
Gändbr. Cent.-Bd.-Cr.	4	102,20	bz
Unkund. do.	101,75	bz	
do. rückz. ab 110	5	107	bz
do. do. do.	4	98,90	bz
Unk. H. Pfad. Bd.-Crd. B.	5	101,75	bz
do. III. Em.	5	101,75	bzG
Kunib.Hyp.Schuld.	5	100,00	G
Hyp.-Anth.Nord.G.-C.B.	5	94,75	bzG
do. do. Pfandbr.	5	94,75	bzG
Fomma. Hyp.-Briefo.	3	98,00	bz
do. II. Em.	5	88,00	bzG
Göth. Präm.-Pf. Em.	5	107,80	bz
do. III. Em.	5	106	bz
do. 50% Pfadzrb. m. 110	5	100,50	bzG
do. 50% Pfadzrb. m. 110	5	92,40	bz
Meining. Präm.-Pfd.	4	105,00	bzG
do. Hyp.-Crd.-Pfd.	5	—	
Pfd. d. Oest.Bd.-Cr. G.	5	90	bzG
Sches. Bodenr.-Pfd.	5	98,75	bz
do. do.	4	98,75	bz
Büdd. Bod.-Cred.-Pfd.	5	103,00	G
do. do.	4	98,30	bz
Wiener Silberpfandbr.	5/2	—	

## Ausländische Fonds.

Oest. Silber-R. (1./1.-17.)	4	55,30	bzG	
do. Goldrente	4	61,90	bzG	
do. Papierrente	4	52	10-20	bzG
do. 64er Präm.-F.	4	96,10	G	
do. Lott.-Anl. v. 6.	5	103,50	bzG	
do. Credit-Loose	—	294,50	bz	
do. 64er Loose	—	294,50	bz	
do. Ziehung.	—	158,50	bz	
Bass. Präm.-Anl. v. 6.	5	158,50	bz	
do. do.	1866	158	bz	
do. do. 1866	158	bz		
do. Bod.-Cred.-Pfd.	5	74,50	bz	
Bass.-Poln. Schatz-Obl.	7	92	bz	
Pola. Pfndr. III. Em.	4	65,70	bz	
Pola. Liquid.-Pfandbr.	5	57,30	bz	
Amerik. rückz. p. 1881	6	100,90	H	
do. do.	1885	98,10	G	
do. 50% Anleihe	5	98,90	bzB	
Ital. neue 50% Anleihe	5	73,40	B	
Ital. Tabak-Oblig.	6	102,90	B	
Baß.-Graz.-100 Thlr.	4	69,50	B	
Baß.-Mährische	8	—		
Türkische Anleihe	5	7,50	bz	
Ung. 50% St.-Eisnb.-Anl.	5	69	bz	
Schwedische 10 Thlr.-Loose	—	—		
Finnische 10 Thlr.-Loose	37,50	bz		
Türken-Loose	22,30	bz		

## Eisenbahn-Prioritäts-Aktien.

Berg.-Mark. Serie II.	4	100,20	G
do. III. v. St. 31/2	4	85,50	bz
do. do. VI.	4	90,75	bzG
do. Hess. Nordbahn	5	103,50	G
Berlin-Görlitz	5	101,00	bz
Breslau-Freib. Lit DEF.	4	98,75	G
do. Lit. G	4	94,60	G
do. do. H.	4	92,75	bzB
do. do. JK	4	92,60	bz
do. von 1876	5	101,75	bzG
Görl.-III. Lit. A.	4	93,50	bz
do. do. IV.	4	94,25	bzG
Halle-Sorau-Guben	4	101,75	bz
Hannover-Altenbeken	4	96,00	G
Märkisch-Posener	5	—	
II. M. Staatsb. I. Ser. 4	96,75	G	
do. do. II. Ser. 4	96,75	G	
do. do. III. Ser. 4	96,7		